

Der Lohn der Angst vor öffentlichem Eigentum

Am **29. Oktober 1999** wurde im Berliner Abgeordnetenhaus über die Teilprivatisierung der BERLINER WASSERBETRIEBE (BWB) abgestimmt. Das mehr als 1000 Seiten „Juristenlatein“ des Konstrukts aus Regelungen im Berliner Betriebsgesetz, einem „Teilprivatisierungsgesetz“ und mehreren Verträgen des Landes mit den „Investoren“ VEOLIA S.A., Paris, und RWE AG, Essen, hatten nur wenige Abgeordnete zu lesen bekommen. Noch weniger hatten bei diesem Geschäft mit kommunalem Eigentum mitgerechnet. Die Mehrzahl der Abgeordneten (CDU und SPD) glaubte einfach, was ihnen Senatoren und Fraktionsführer erzählten. Frau Dr. Fugmann-Heesing (SPD, Senatorin für Finanzen) fand wunderschön: »... das **Berliner Modell** ... dieser **Privatisierung hat Pilotcharakter** in der Bundesrepublik, ... **Nun steht fest, private Investoren dürfen in öffentliche Unternehmen – und zwar auch in solche der Daseinsvorsorge – einsteigen.**« Aufgrund des Anschluß- und Benutzungsmonopols für Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung sowie einer großzügigen Renditegarantie des Regierenden Bürgermeisters und seines jeweiligen Wirtschaftssenators (9 Jahre lang hieß der Harald Wolf und kam von der Partei DIE LINKE) konnten die Privaten voll „einsteigen“ in „das große Geldverdienen“. Denn „sauber“ und für die Berliner „ausreichend im Angebot“ war das Wasser auch vor dem „Einstieg“.

Die „Öffentlich-Private Partnerschaft“ in der Berliner Wasserversorgung und Abwasserreinigung wird demnächst mit dem Rückkauf der Anteile der VEOLIA (24,95 %) beendet. Der Energiekonzern RWE gab seine Partnerschaft (ebenfalls 24,95 % Anteil) bereits 2012 auf, weil er dringend Geld für sein „Kerngeschäft“ brauchte. Die Verträge mit VEOLIA sind „final ausverhandelt“, die Zahlen sind im Internet zu finden. Es ist Zeit, die Frage zu beantworten, die der Abgeordnete Nikolaus Karsten (SPD) in der 3. Tagung des Sonderausschusses „Wasserverträge“ am 02. 03. 2012 stellte: »**Hat sich das Geschäft für das Land Berlin gelohnt?**«. Finanzsenator Ulrich NUSSBAUM und seine Staatssekretäre drückten sich erfolgreich davor, den Abgeordneten diese klare Frage zu beantworten.

Rechnen wir zuerst aus, wie es sich für die „Einsteiger“ gelohnt hat. Sie ermitteln den „Rückfluß“ des angelegten Kapitals als Quotient der „Erträge vor Steuern“, geteilt durch das eingesetzte Kapital. Diese Kennzahl heißt auf Englisch „return on investment“ (ROI). Die Fortschreibung der „bereinigten“ Kapital- und Ertragsangaben der BWB-Veröffentlichung „10 Jahre Wasserpartner Berlin“ (für die Jahre 2000 bis 2008) bis zum Jahre 2012 (insg. 13 Jahre „Partnerschaft“) ergibt einen mittleren Kapitaleinsatz der Privaten von 1.411 Mio €J. und einen mittleren Gewinn (ohne Berücksichtigung von Verlustübernahmen und Rückstellungen) von 124 Mio €J. Bis 2012 haben die Privaten einen **ROI von 8,8 %** erzielt. Werden zu den Gewinnen die Verkaufserlöse hinzugezählt (für VEOLIA kommen 2013 621 Mio €Kapitaleinsatz und 54 Mio €Gewinn hinzu), steigt der Gesamt-„Rückfluß“ auf 2.876 Mio € wovon der „**Nettozugewinn**“ **1.471 Mio €** beträgt. Einschließlich ihrer Verkaufserlöse erzielte VEOLIA eine Rendite von 14,8 % und RWE sogar eine solche von 15,5 %. Selbst bei einer einfachen Rückgabe - wie man es mit einer Leihsache tun würde - würden sie über das „investierte Kapital“ hinaus 262 Mio € Plus gemacht haben. Das Ein- und Aussteigen hat sich für die Privaten mehr als gelohnt. Sie haben das eingesetzte Kapital in 13 bzw. 14 Jahren verdoppeln können.

Für den Haushalt des Landes Berlin ist das Ergebnis des zeitweiligen Verkaufs jedoch ein anderes. Das Land hat nicht nur den „Nettozugewinn“ der Privaten als seinen Verlust zu verbuchen. Sein Verlust wird durch die erforderlichen Kreditaufnahmen für den Rückkauf und deren Tilgung bis zum Jahre 2043 (6 Legislaturperioden weiter) um die Kreditzinsen höher. Letztere werden für den deal mit RWE 209 Mio € und für den VEOLIA-deal sogar 306 Mio €betragen, das sind in den kommenden 30 Jahren Jahr für Jahr mindestens 60 Mio €. Der **Gesamtverlust für das Land Berlin** aus seinem „Flucht in die privatrechtliche Partnerschaft“ wird sich bis 2043 auf **1.986 Mio €** belaufen. Das ist weitaus mehr als das Doppelte des im Jahre 1999 eingenommenen Kaufpreises. In dieser Summe sind die Kosten des 30-jährigen „Managements“ der Finanzjongleurin BWB REKOM BERLIN GmbH & Co. KG noch nicht einmal enthalten. Aber Herr Stroedter (SPD) wollte am 26. September den Abgeordneten tatsächlich weiß machen: »Wenn man bedenkt, daß der Gesamtkaufpreis von 1,2 Mrd €weit unter dem Preis liegt, der 1999 für [durch] den Verkauf erzielt wurde, kann man von einem *ausgesprochen guten Geschäft* sprechen.« 1999 rechneten die Wortgewaltigen der SPD und CDU mit der Angst der Abgeordneten vor wirtschaftlicher Verantwortung; 2013 rechnen sie mit deren Unwissenheit.

Die Herolde der Privatisierung öffentlicher Aufgaben lockten 1999 die Berliner Abgeordneten insbesondere mit dem Argument in die „ÖPP-Falle“, daß durch den Verkauf der Wasserbetriebe die

„Schulden“ des Landes sich erheblich verringert ließen. Das Gegenteil davon ist eingetreten. Berlin hatte **1999 38,4 Mrd. € Schulden** und erreichte **2012 »eine Gesamtverschuldung von 83,3 Mrd. €** (inklusive Bürgschaften und sonstige öffentliche Fonds)«. So ist es auf dem Portal www.haushaltssteuerung.de zu lesen. An dieser Verdoppelung ist das „Wassergeschäft“ mit 4,4 % beteiligt.

Die oben genannte Zahl „**Haushaltsverlust**“ in Euro ist für den Bürger nicht „aussagekräftig“, denn es handelt sich ja beim Haushalt des Landes Berlin nicht um die Bilanz eines Konzerns, der ein schlechtes Geschäft mit einem anderen, welches sich besser „gerechnet“ hat, kompensiert. Das Land Berlin kann Haushaltsverluste nur durch weitere **Kürzungen seiner Leistungen der Daseinsvorsorge** kompensieren. Schauen wir also, was der oben ausgerechnete Verlust für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Berlin bedeuten wird, indem wir die Ausgaben des Haushaltes für 2012/13 als Maßstab nehmen. Er beläuft sich auf rund 22.954 Mio € insgesamt; darunter beispielsweise die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ 1.625 Mio € die „Zuwendungen an Grund-, Sekundar- und Gemeinschaftsschulen“ 1.256 Mio € die „Förderung des Wohnungsbaus/Soziale Stadt“ 459 Mio € und die „Zuwendungen für Gesundheitsaufgaben“ 91 Mio €. Mit dem an die Privaten verlorenen Geld hätten rund 3 Jahre die Grund- und Gemeinschaftsschulen oder 8 Jahre lang der soziale Wohnungsbau finanziert werden können. Mit dem Geld, welches in den nächsten 30 Jahren die INVESTITIONSBANK BERLIN jährlich als Zinsen aus der „Rekommunalisierung“ der BWB schlucken wird, könnten beispielsweise 2.500 öffentliche Arbeitsplätze finanziert werden. Diese „Rekommunalisierung durch Rückkauf“ anstelle Rückabwicklung wird keine Arbeitsplätze schaffen, sondern solche kosten.

Zur Bilanz des miserablen Geschäftes „Dekommunalisierung der BERLINER WASSERBETRIEBE“ gehören auch die folgenden „Ergebnisse“:

- Die **Beschäftigtenzahl** wurde **um 1.877 „Personenjahre“ (32 %) verringert**; die **Teilzeitquote** der Beschäftigung erreichte 2010 **33,5 Prozent**.
- der Lohnbetrag je bearbeiteter Kubikmeter Wasser/Abwasser blieb gleich, die spezifischen Materialkosten hingegen stiegen um 23 %.
- Die 2013 noch **zu sanierende Kanal- und Rohrnetzstrecke** beträgt etwa **6.800 km** - bei dem Sanierungstempo der letzten 5 Jahre bliebe somit **Arbeit für 148 Jahre**.
- Obwohl der Ressourcenaufwand (Löhne, Material, Abschreibungen, sonstige Aufwendungen) je bearbeiteter Kubikmeter Wasser/Abwasser nur um 11 % stieg, wurden die **Tarife für die Berliner Haushalte um durchschnittlich 35 % erhöht**.

Die vom Abgeordneten Karsten (SPD) gestellte Frage, ob sich das Geschäft gelohnt habe, kann auch aus der Sicht der Beschäftigten der BWB und der Berliner Bürger uneingeschränkt mit „Nein!“ beantwortet werden.

Dr. Hermann Wollner
08. 10. 2013